



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Oktober 2022  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **P 992 Postulat Muff Sara und Mit. über temporäre öV-Vergünstigungen / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Das Postulat P 992 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 89 zu 25 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Sara Muff hält an ihrem Postulat fest.

Sara Muff: Das Leben verteuert sich für die gesamte Bevölkerung stark. Die Energiekosten steigen als Konsequenz des Angriffskrieges in der Ukraine. Das Geld büsst an Wert ein, die Zinsen steigen. Dann der nächste Hammer: Auch die Krankenkassenprämien werden stark ansteigen. Dies trifft viele Menschen hart, und erneut trifft es Personen mit einem tiefen Einkommen am härtesten. Konsterniert habe ich die Stellungnahme der Regierung zu meinem Vorstoss gelesen. Sie ist ziemlich kurz abgefasst und auf die Kernforderung wird nicht wirklich eingegangen. In der Stellungnahme geht es primär darum, dass man sich an den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) orientiere und die Gemeinden regelmässig auf eben diese Guidelines hingewiesen werden. Dies wird den Ängsten der Luzernerinnen und Luzerner nicht gerecht. Die Regierung sieht zwar, dass die armutsgefährdeten Haushalte durch die steigenden Preise stark belastet werden, doch sie gibt sich mit den im Wirkungsbericht Existenzsicherung aufgezeigten Massnahmen zufrieden. Ja, liebe Regierung, wir sehen etwas, was Sie offenbar nicht sehen: Handlungsbedarf. Armin Hartmann hat gestern gesagt, wir hätten die Rekordteuerung von 11 Prozent noch lange nicht erreicht. Das ist korrekt. Die Teuerung liegt gemäss dem Landesindex für Konsumentenpreise bei zirka 3,5 Prozent. Vielleicht trifft Sie das nicht. Aber diese 3,5 Prozent treffen gewisse Menschen in unserem Kanton bereits sehr hart, und ich hoffe sehr, dass wir nicht zuerst auf die Rekordteuerung von damals warten, bis auch die anderen Parteien hier im Rat etwas unternehmen möchten, um die betroffenen Luzernerinnen und Luzerner zu unterstützen. Mit dem vorliegenden Postulat können wir mehrere Dinge bewirken. Wir entlasten nicht nur die Bevölkerungsgruppen, welche von der Inflation am härtesten getroffen werden, sondern wir fördern auch die nachhaltige Mobilität. Die Mobilität ist schweizweit immerhin für einen Drittel des gesamten Energieverbrauchs verantwortlich. Es ist somit unabdingbar, dass der öffentliche Verkehr für alle Bevölkerungsgruppen erschwinglich ist. Wenn wir jetzt nicht reagieren, verkleinern wir den Bewegungsradius von Menschen mit tiefen Einkommen. Dies hat gravierende Folgen für ihre gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe. Die Forderung dieses Vorstosses gäbe uns ein unkompliziertes Instrument, welches rasch umsetzbar ist. Die steigenden Haushaltsabgaben könnten damit ökologisch und sozial nachhaltig abgefedert werden. Ich bitte Sie daher, diesen Vorstoss zu unterstützen.

András Özvegyi: Die Postulantin möchte die Kosten für den öffentlichen Verkehr für

Menschen mit tiefem Einkommen gezielt senken. Für die GLP-Fraktion ist der öV ein hohes und wertvolles Gut. Neben den Argumenten der Regierung finden wir aber, dass es gesamtwirtschaftlich keinen Sinn macht, den Verkehr zu verbilligen, auch nicht für einzelne und vor allem nicht für einzelne Zielgruppen. Die Postulantin sagt, das sei einfach machbar mit Gutscheinen an IPV-Bezüger. Wir sehen das nicht so. Die einfache, rasche und unkomplizierte Verteilung, wie im Postulat angedeutet, sehen wir nicht. Einfach ist nur, die Vergünstigung an alle IPV-Bezüger mit Gutscheinen gleichzumachen. Aber macht das Sinn, auch wenn die Gutscheine gar nicht benötigt werden? Oder wie will man wissen, welcher IPV-Bezüger welche öV-Leistung braucht? Das herauszufinden, ist sicher nicht so einfach. Zu guter Letzt noch ein Hinweis zur Energiepreissteigerung und zu den hohen Stromtarifen, die wir haben: Wir werden in Zukunft froh sein, wenn die öV-Preise nicht steigen werden. Ich bin gespannt, welche Forderungen an den Staat und an die Leistungserbringer noch kommen werden, ich denke da an die VBL mit ihrem grossen Strombezug, den sie vom Markt holen. Besser als das Postulat wird es wahrscheinlich sein, die Ressourcen dann einzusetzen, um die Preise in Zukunft tief zu halten, damit der öV nicht ein Luxusgut wird. Ich komme noch auf die Diskussion von gestern zurück, wenn denn die Forderungen kommen werden, dann ein kleiner Wink zur Mitte. Wir werden den verschenkten Steuerzwanzigstel bald brauchen, und ich freue mich dann, wenn das Versprechen der Mitte, Hand zu bieten, schnell und unkompliziert eingelöst wird. Die GLP-Fraktion ist ebenfalls wie die Regierung für die Ablehnung des Postulats.

Sabine Wermelinger: Grosse Teile der Bevölkerung sehen sich mit für sie noch nie dagewesenen Situationen konfrontiert. Nach vielen Jahren in Wohlstand und Frieden in Europa folgt plötzlich eine Krise auf die andere. Viele Leute machen sich Sorgen über die Teuerung und ihre persönliche Lage. Kantonsrätin Sara Muff sorgt sich um Menschen mit tieferen Einkommen, die sie erneut am härtesten betroffen sieht, und sie möchte sie temporär oder später sogar dauernd bei den öV-Kosten entlasten. Der Stellungnahme der Regierung können wir entnehmen, dass verschiedene Instrumente zur Entlastung von armutsbetroffenen Haushalten bestehen, die bei Bedarf auch angepasst werden können. In der September-Session wurden bereits ähnliche Vorstösse im Zusammenhang mit höheren Nebenkosten behandelt. Eigentlich wäre eine Information in der Stellungnahme hilfreich gewesen, ob der öV überhaupt teurer wird. Das hätte für alle Betroffenen mehr Klarheit geschaffen. Die «Luzerner Zeitung» widmet sich heute mit zwei Artikeln dem Thema: Seite 23 mit dem Übertitel «Preiserhöhung im öV denkbar», aber die Alliance Swissspass entscheide das; Seite 9 mit dem Übertitel «öV-Fahren wird nicht teurer. Die Alliance Swissspass teilt mit, dass die Preise im öV auf den Fahrplanwechsel im Dezember nicht erhöht werden. Im Frühling soll es sogar Preissenkungen und neue Angebote für Jugendliche geben. Wer also die heutige «Luzerner Zeitung» genau gelesen hat, bekam Klarheit, dass Sorgen betreffend die öV-Preise im Moment nicht nötig sind. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Jasmin Ursprung: Armutsbetroffene Menschen werden grundsätzlich über die Ergänzungsleistungen oder die Sozialhilfe entlastet. Die öV-Kosten sind im Grundbedarf abgedeckt, welcher der Teuerung angepasst wird. Für die Sozialhilfe gelten die Richtlinien der SKOS und die Ergänzungsleistungen (EL) werden primär über den Bund geregelt. Eine zusätzliche Unterstützung durch den Kanton durch öV-Vergünstigungen erachten wir deshalb nicht nötig. Wir lehnen das Postulat deshalb ab.

Thomas Oehen: Die Postulantin fordert für eine zeitlich beschränkte Zeit Vergünstigungen für den öV für Menschen mit tiefen Einkommen. Es gibt verschiedene Angebote, die von Menschen genutzt werden können, welche weniger Geld zur Verfügung haben. Die Instrumente der Ergänzungsleistungen oder die wirtschaftliche Sozialhilfe bieten hier Unterstützung. Im Kanton Luzern gelten für diese Instrumente die Richtlinien der SKOS, und sie werden von den Gemeinden verwaltet. Der Kanton selber hat jüngst mit dem Wirkungsbericht Existenzsicherung aufgezeigt, wie armutsgefährdete Haushalte entlastet werden können. Die Mitte begrüsst es, dass die Regierung diese Massnahmen aus dem Wirkungsbericht priorisiert. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Gian Waldvogel: Ich kann es vorwegnehmen, wir unterstützen die Erheblicherklärung. Dieses Postulat ist richtig. Die Teuerung ist ein grosses Problem. Sie steigt rasant, und dies bringt viele Haushalte in ganz schwierige Situationen. Trotzdem hat die Politik – auch in Bundesbern – aus unserer Sicht bisher nur ungenügend reagiert, um diese Haushalte zu unterstützen, die schwächsten Menschen in unserer Gesellschaft. Der vorliegende Vorschlag ist eine unbürokratische Chance, um diesen Menschen unter die Arme zu greifen und ihre Mobilität sicherzustellen. Es wurde gesagt, beim öV würden die Preise nicht so stark steigen, aber alle anderen Lebenskosten steigen. Das wäre ein Instrument, wie wir konkret helfen könnten. In Bundesbern fehlen solche Instrumente, um die Teuerung gezielt auszugleichen, gerade bei EL-Beziehenden. Mobilität ist ein Grundbedürfnis, und wir sollten sie nachhaltig fördern. Deshalb ist eine Unterstützung im öV-Bereich eine sinnvolle Investition. Es ist auch wichtig, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich werde unsere Antworten nicht nochmals wiederholen, erlaube mir aber einige Bemerkungen. Die individuelle Prämienvorbilligung (IPV) ist das Instrument, um die Krankenkassenprämien zu verbilligen. Wenn wir zusätzlich zur IPV Verbilligungen für Energie oder öV geben würden, wäre dies das falsche Instrument. Die falschen Leute würden das Geld erhalten. Dafür haben wir andere Instrumente. Man muss sich eher fragen, ob wir bei den anderen Instrumenten genügend Mittel haben. Ich bitte Sie höflich, das System IPV nicht zu missbrauchen. Dieses ist hier, um die Krankenkassenprämien zu verbilligen, nicht mehr und nicht weniger. Das ist nicht nur die Meinung der Luzerner Regierung, wir haben das im Vorstand der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) besprochen. Ich bitte Sie, die vorhandenen Instrumente genügend zu alimentieren und für die Unterstützung einzusetzen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 59 zu 29 Stimmen ab.